

NW-Gespräch von Willy Spieler mit Hans-Jürg Fehr : die Wirtschaftsdemokratie ist eine programmatische Konstante der SP

Autor(en): **Spieler, Willy / Fehr, Hans-Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **99 (2005)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144493>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Wirtschafts- demokratie ist eine programmatische Konstante der SP

Hans-Jürg Fehr kann auf ein erfolgreiches erstes Jahr als Präsident der SP Schweiz zurückblicken. Die Partei hat alle Abstimmungen gewonnen, die auf der sozialdemokratischen Prioritätenliste zuoberst standen. Im folgenden Gespräch erläutert er, warum die Einbürgerungsvorlagen nicht zu diesen Top-Themen gehörten, warum Ausländer- und Asylfragen für die SP Defensivthemen sind. Kein Defensivthema ist für ihn und seine Partei dagegen der EU-Beitritt. Bei aller Kritik, die aus linker Sicht an der EU geübt werden muss, überwiegt doch die friedenspolitische Bedeutung dieses europäischen Integrationsprojekts. Im Zentrum des Gesprächs steht die kommende Programmarbeit. Hans-Jürg Fehr sieht die programmatische Konstante der SPS in immer neuen Ansätzen für eine Demokratisierung der Wirtschaft. Gegenüber dem herrschenden Wachstumsdiskurs betont er die Nachhaltigkeit als sozialdemokratischen Grundwert. Hans-Jürg Fehr ist gelernter Historiker. Er arbeitete von 1979 bis 1999 als Redaktor bei der «schaffhauser az», einige Jahre auch als deren Verlagsleiter. 1999 wurde Hans-Jürg Fehr in den Nationalrat gewählt. Der Redaktor der Neuen Wege hat das Gespräch mit dem SPS-Präsidenten am 2. Dezember im Bundeshaus in Bern geführt.

Red.

Wir mussten im Schicksalsjahr 2004 den Abbruch des Sozialstaats verhindern

Willy Spieler: *Es scheint, als könne die SPS im ersten Jahr nach der neuen Zeitrechnung im Bundesrat mit sich zufrieden sein. Sie hat 2004 alle für sie wichtigen Abstimmungen gewonnen. Dazu zählt sie die Ablehnungen des Gegenvorschlags zur Avanti-Initiative, des Steuerpakets und der 11. AHV-Revision einerseits und die Zustimmung zur Mutterschaftsversicherung andererseits. Offenbar zählten die Vorlagen zur erleichterten Einbürgerung, die am 26. September an der Urne gescheitert sind, nicht zum Kerngeschäft der SPS. Waren sie etwa weniger wichtig?*

Hans-Jürg Fehr: Wir mussten in diesem Schicksalsjahr 2004 Prioritäten setzen. Die bürgerliche Seite, ihr voran die dominierende SVP, hatte offen erklärt, 2004 sei das Jahr des Einstiegs in die bürgerliche Wende. Diese wurde mit konkreten Abstimmungsprojekten verbunden. Das waren die drei neoliberalen Abbauvorlagen, als vierte käme noch die unsoziale Mietrechtsrevision dazu ...

WS: ... die ebenfalls erfolgreich bekämpft wurde...

H-JF: ... die aber auch nicht unter unseren vier Top-Themen war. Hätten wir die Abstimmungen über die Abbauvorlagen nicht gewonnen, wäre es weitergegangen mit Sozialabbau, Staatsdemontage, Umverteilung von unten nach oben.

Auf einer nochmals anderen Skala gab es ausserordentlich wichtige Themen, wie die Mietrechtsrevision und die Einbürgerungsvorlagen, die auch zu unserem Kerngeschäft zählten, aber eben nicht zu jenen Prioritäten, wo wir auf keinen Fall verlieren durften.

WS: Vermutlich habt Ihr bei den Einbürgerungsvorlagen auf die Unterstützung der anderen Parteien im Kampf gegen die SVP vertraut. Davon war dann herzlich wenig zu spüren. Aber im

nachhinein ist diese Ablehnung eine schlimme Niederlage für eine offene Schweiz der Zukunft. Wenn ich die Niedergeschlagenheit unter den vielen Einbürgerungswilligen sehe, die in zweiter oder gar dritter Generation hier leben, dann frage ich mich schon, ob die SPS heute nicht etwas selbstkritischer über die Bücher gehen müsste.

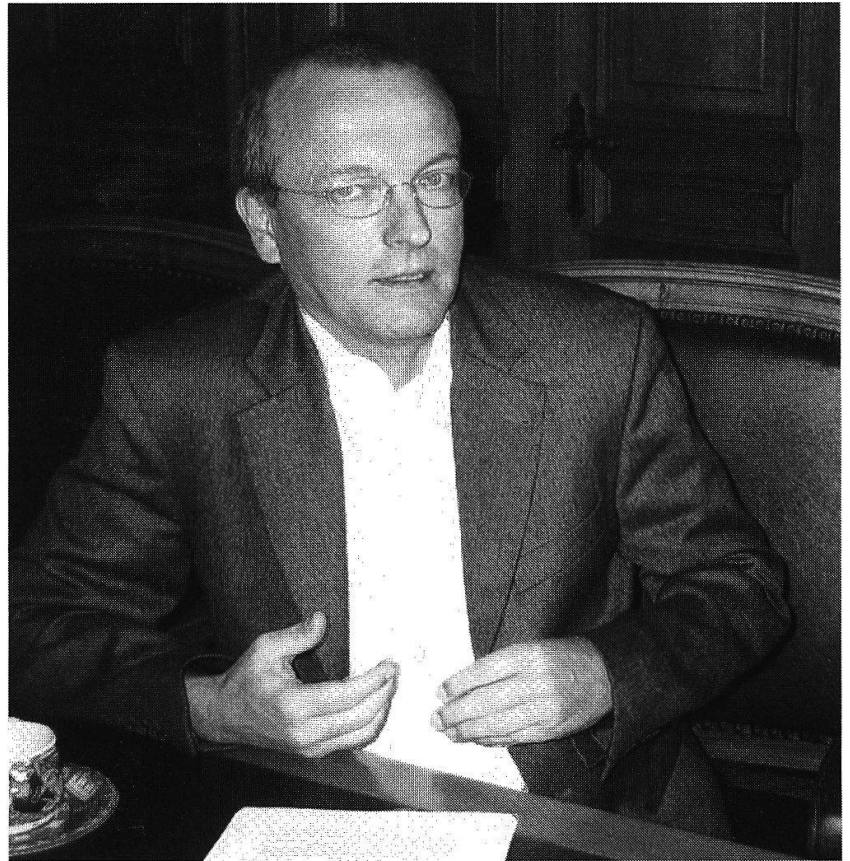
H-JF: Das glaube ich nicht. Es ging in diesem Jahr um nicht mehr und nicht weniger als um soziale Landesverteidigung. Wir mussten den Abbruch des Sozialstaats verhindern. Die Meinung, wir hätten für die Secondos und Secondas nichts gemacht, trifft auch nicht zu. Zusammen mit ihren Organisationen und den Gewerkschaften haben wir als einzige Partei überhaupt eine Pro-Kampagne gemacht. Wir haben z.B. die Secundo-Landsgemeinde in Olten mitorganisiert. Es war eine gute Zusammenarbeit, die wir auch fortsetzen werden. Wenn wir die Aktionen in den Kantonen mitrechnen, haben wir zusammen etwa 250 000 Franken für diesen Abstimmungskampf aufgewendet. Aber wie Du sagst, hatten wir auf die bürgerliche Mitte gezählt, was sich als Fehler erwies.

Auch unsere Mittel sind begrenzt. Es war übrigens das erste Jahr seit langem, dass die SP Schweiz überhaupt Kampagnen durchführen konnte. Uns standen etwas 800 000 Franken zur Verfügung. Im Rückblick muss ich sagen, dass wir die Prioritäten richtig gesetzt haben. Auch die Abstimmung über die Mutterschaftsversicherung mussten wir nach 50 Jahren einfach gewinnen.

Die Xenophobie ist die Mobilisierungswaffe der Rechten

WS: Der Meinungsforscher Claude Longchamp spricht von Defensivthemen für die SP, wann immer Ausländer- oder Asylfragen aufs Tapet kommen. Dürfen wir dieses Terrain einfach der nationalistischen Rechten überlassen, damit sie die Ausländerfeindlichkeit möglichst ungestört «bewirtschaften» kann?

H-JF: Wir überlassen das Thema nicht der nationalistischen Rechten. Zusammen mit den Grünen setzen wir uns permanent für eine humane Ausländer- und Asylpolitik ein, sei es auf parlamentarischer Ebene, sei es bei Volksabstimmungen. Aber es trifft zu, dass wir eine defensive Haltung einnehmen. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen ist die Xenophobie die eigentliche Mobilisierungswaffe der Rechten. Mit diesem stark emotionalisierenden Instrument wächst sie elektoral. Sie kann sich damit hochputschen, sie tut es äusserst aggressiv und immer härter. Das zwingt uns in eine defensive Haltung.



Zum andern betreiben wir unser ureigenstes Thema «Integration» zu wenig aktiv. Wir begnügen uns mit Programmatik oder dem Hinweis, dass es in links regierten Städten in diesem Bereich vorangeht. Aber eigentlich haben wir noch keine ausgearbeitete Integrationspolitik, die auch für die breite Bevölkerung wahrnehmbar und positiv besetzt wäre. Ein Ansatz dazu war das

«Wird die Schweiz sozialdemokratischer, wenn sie nicht in die EU geht?» (Hans-Jürg Fehr beim NW-Gespräch im Bundeshaus).

Asylmanifest des Zürcher Stadtrates. Auf diese Weise sollten wir offensiver an die Integrationspolitik herangehen.

Die EU ist ein Friedensprojekt für Europa und die Welt

WS: *Die SPS will mit der Schweiz in die EU. Aber diese ist alles andere als ein sozialdemokratisches Projekt. Die EU-Verfassung folgt wirtschaftspolitisch einer neoliberalen Ideologie und ist militärpolitisch ein Projekt der Aufrüstung, auch der Interventionen «out of area». Nimmt die SP mit dem EU-Beitritt Entwicklungen in Kauf, die sie in der Schweiz entschieden bekämpfen würde?*

H-JF: In gewissen Bereichen ist die EU klar sozialdemokratischer als die Schweiz. Ich erinnere an die *Arbeitnehmerrechte*, an den *Konsumentenschutz* oder an die Förderung *erneuerbarer Energien*. In anderen Bereichen, wie dem *Service public*, ist sie weniger sozialdemokratisch als die Schweiz. Wenn wir als Linke über die EU reden, sollten wir auch nicht nur von der neuen Verfassung reden. Die EU ist ein wirksames Friedensprojekt für Europa und für die Welt. Und wenn ich sehe, wie die EU eine Gemeinschaft ist, die in den weniger privilegierten Ländern die Armut bekämpft und jetzt das Programm der *regionalen Kohäsion* in Richtung Osten fortsetzt, dann sind das auch sozialdemokratische Inhalte.

Seit in den Mitgliedstaaten der EU die bürgerlichen Regierungen dominieren, setzt sich das neoliberale Gedankengut von *Maastricht* durch, während das soziale Gedankengut von *Lissabon* vergessen geht. Die beiden Verträge widerspiegeln die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse in der EU. Aber wird die EU sozialdemokratischer, wenn die Schweiz draussen bleibt? Oder wird die Schweiz sozialdemokratischer, wenn sie nicht in die EU geht?

WS: *Ich lehne nicht den EU-Beitritt, sondern die EU-Verfassung ab. In den Neuen*

Wegen habe ich sinngemäss geschrieben: Schade, dass wir nicht in der EU sind, sonst könnten wir die EU-Verfassung bekämpfen. Diese widerspiegelt den Vormarsch der neoliberalen Kräfte, die eine Marktwirtschaft ohne Adjektive wollen. Die Sozialpolitik überlässt man den Staaten, um sie gleichzeitig via Steuerwettbewerb sozial auszuhungern.

H-JF: Es hat seine Berechtigung, die EU-Verfassung so zu beurteilen. Sie ist jetzt halt das Produkt der realen Kräfteverhältnisse in Europa. Aber das darf kein Grund sein, den Beitrittsgedanken aufzugeben. Auch wenn wir einmal in der EU sein werden, können wir nicht einfach austreten, wenn sie sich anders entwickelt, als es unseren Vorstellungen entspricht. Im übrigen übt auch die europäische Sozialdemokratie Kritik an der EU-Verfassung, obschon sie diese letzten Endes annehmen wird.

WS: *Die Sozialdemokratie sagt immer wieder «ja, aber». Entscheidend ist das «Ja», das «Aber» wird übersehen und geht vergessen. Ich möchte die Hoffnung auf jene «Soziale Union» nicht aufgeben, die ein Jacques Delors entworfen hat.*

H-JF: Diesen Beitrag zu einer *sozialen EU* können wir sicher besser leisten, wenn wir drinnen sind, als wenn wir uns fernhalten.

WS: *Ich hätte beinahe gesagt: Dein Wort in Gottes Ohr.*

H-JF: (Lacht.)

«Schengen» bedeutet keinen Qualitätsabbau an Datenschutz

WS: *Schon gar kein «sozialdemokratisches Projekt» ist «Schengen». Peter Bodenmann hat an seiner Parteitage in Brig vor einem «flächendeckenden europäischen Schnüffelstaat» gewarnt. Ist die SP bereit, für «Europa» auch diese Kröte zu schlucken?*

H-JF: «Schengen» ist weder ein sozialdemokratisches noch ein nationalkonser-

vatives oder rechtsliberales Projekt. Es handelt sich um einen Vertrag zur *Bekämpfung internationaler Grosskriminalität* wie Menschenhandel, Drogenkriminalität, Terrorismus. Es ist richtig und vernünftig, dass die Schweiz mitmacht und nicht wie in anderen Bereichen zum Schlupfloch wird. Was die Gefahren angeht, die Bodenmann stark überzeichnet, ist der *Datenschutz in der EU* mindestens so entwickelt wie in der Schweiz.

Zurzeit laufen wir gerade in der Schweiz Gefahr, dass die «Fichiererei» wieder Ausmasse annimmt, die wir nach dem Fichenskandal 1991 nicht mehr für möglich gehalten hätten. Wir haben jetzt schon wieder mehr Personen in unserem Staatsschutz-Computer, als das gemeinsame elektronische Fahndungssystem (SIS) enthält. Ob in der Schweiz oder in der EU, wir müssen dafür besorgt sein, dass sich diese Fahndungssysteme nicht zu einer Bespitzelung der eigenen Bevölkerung auswachsen. Der Beitritt der Schweiz zum Schengen-Vertrag bedeutet sicher keinen Qualitätsabbau an Datenschutz. Es gibt im Gegenteil Indizien dafür, dass die europäische Agentur, die für den Datenschutz zuständig ist, eher besser funktioniert als der schweizerische Datenschutz. Es ist und bleibt eine *politische Aufgabe*, diese Massenbeschnüffelung zu verhindern.

Das neue Parteiprogramm muss die Orientierungssicherheit wiederherstellen

WS: *Ich stelle gerade im Zusammenhang mit der Entwicklung der EU und mit der Globalisierung überhaupt eine Verunsicherung in der SP fest. Die Möglichkeiten der Politik und damit auch der Demokratie werden immer mehr eingeschränkt. Die Wirtschaft hat das Sagen. Es ist darum wichtig, dass die Partei endlich die Programmarbeit an die Hand nimmt. Der Briger Parteitag vom 23./24. Oktober hat dazu erste Pflöcke eingeschlagen. Ich vermisse jedoch eine leitende Idee für diese Arbeit.*

H-JF: Das weiss ich, Willy. Aber es gibt nicht eine einzige leitende Idee. Mein Denken beginnt bei den Entwicklungen, von denen Du einige erwähnt hast. Es besteht hier ein grosses *Orientierungsbedürfnis* innerhalb der Sozialdemokratie. Darum muss es die Hauptaufgabe des neuen Parteiprogramms sein, die Orientierungssicherheit wiederherzustellen. Wir schaffen Raum für eine breit diskutierte Analyse unserer Gesellschaft. In welche Richtung bewegt sie sich kurz- und mittelfristig? Auf welche Megatrends muss die SP achten? Der *dialogische Prozess* zu diesen Fragen ist für mich wichtiger als das Resultat, das am Schluss zwischen zwei Buchdeckeln vorliegen wird.

WS: *Ist es richtig, die Analyse einem Gremium von Fachleuten zu überlassen? Analysen sind ja nie wertfrei. Ob wir damit Jean Ziegler beauftragen oder einen Politologen wie Wolf Linder, der das Gurten Manifest unterschrieben hat, macht schon einen Unterschied.*

H-JF: Das ist so. Aber trotzdem können wir nicht darauf verzichten, das aktuell vorhandene Wissen für diese *Gesellschafts- und Trendanalyse* aufzubereiten und zu nutzen. Wir dürfen hinter dem, was man in den relevanten Bereichen der Ökonomie und der Soziologie bis hin zur Demoskopie wissen kann, nicht zurückbleiben.

WS: *Habt Ihr diese Fachleute schon gewählt?*

H-JF: Nein, aber wir haben einen *Projektleiter* bestimmt, der den Auftrag hat, auf die erste Sitzung der Geschäftsleitung 2005 Mitte Januar eine *Projektorganisation* vorzulegen. Aufgabe des Projektleiters ist es auch, einen Kreis von *Fachleuten* zu evaluieren. Im Budget für das nächste Jahr sind für die Programmarbeit 50 000 Franken eingestellt.

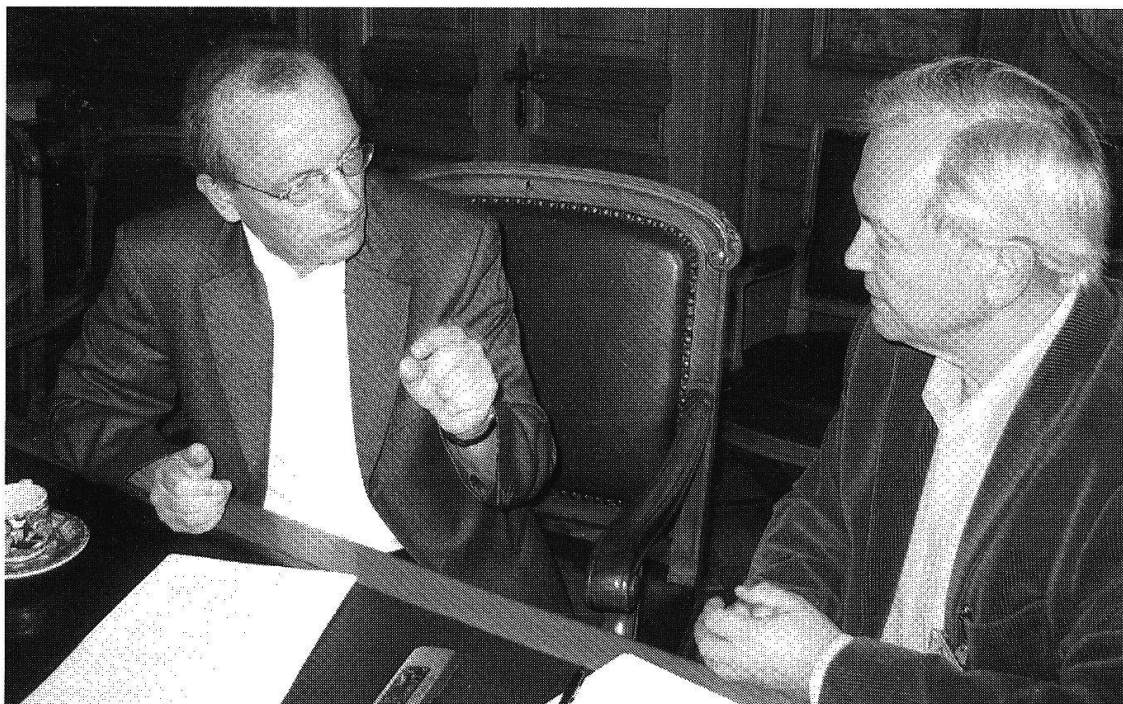
Die Grundwerte sind in der Sozialdemokratie tief verankert

WS: *Im Antrag zur Revision des Partei-*

programms bestreitet die Parteileitung die Notwendigkeit einer Grundwertedebatte. Was mich dabei am meisten erstaunt, ist die Aussage, dass die «zentralen Werte» ohnehin «zur unbestrittenen Grundausstattung der Sozialdemokratie» gehörten. Wie kommt Ihr zu dieser kühnen Behauptung?

H-JF: Die Aussage ist von mir, ich stehe dazu. Aber es hat mir auch niemand widersprochen. Willy, ich sage Dir, es ist meine ureigenste Erfahrung. Wir reden von Werten wie Gleichheit, Freiheit, Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltlosigkeit, Frieden. Das sind unsere «essentials».

«Für die Demokratisierung der Wirtschaft könnte man beim Kapital der Pensionskassen ansetzen» (Bilder: Pia Hollenstein).



WS: *Auch Menschenwürde...*

H-JF: Auch Menschenwürde und die mit ihr verbundenen Grundrechte. Wenn ich auf meine 30 Jahre SP-Zugehörigkeit zurückblicke, habe ich nie an einer Debatte teilgenommen, wo das in Frage gestellt worden wäre. Seit meiner Zeit als Vizepräsident der SP Schweiz und jetzt als deren Präsident bin ich Mitglied des Vorstands der SP Europa und der Sozialistischen Internationale. Nirgendwo wird soviel von unserer Wertefamilie gesprochen wie in diesen Gremien. Die «values» sind gesetzt, sie sind das einzige, worüber man sich einig ist. Sie sind unverrückbar wie die Gestirne am Fir-

mament, ob in Brasiliens Arbeiterpartei, in Moçambique oder bei uns. Die Grundwerte sind in der Sozialdemokratie tief verankert, eine Debatte darüber erweist sich als nicht notwendig.

WS: *Auf dieser Abstraktionsebene ist man sich natürlich rasch einig, sogar mit bürgerlichen Parteien. In Deutschland bekennt sich z.B. die CDU zu denselben Grundwerten wie die SPD: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Was die Grundwerte beinhalten, entscheidet sich erst in ihrem Konkretisierungsprozess.*

H-JF: So ist es.

WS: *Oder nehmen wir den Begriff der Freiheit. Da sind die Freisinnigen gleich dabei. Aber die Freiheit, die sie meinen, deckt sich wohl kaum mit unseren Vorstellungen. Ob wir innerhalb der SP aber alle dieselben Vorstellungen von Freiheit haben, wird die Programmdebatte an Tag bringen.*

H-JF: Freiheit ist für uns untrennbar mit Gleichheit und Solidarität verbunden. Die Bürgerlichen haben demgegenüber einen sehr individualistischen Freiheitsbegriff. Aber Du hast schon Recht, unterhalb der abstrakten Werte beginnt auch bei uns in der SP die Vielfalt der Ansichten.

WS: Sie beginnt dort, wo die Werte aussagekräftig werden.

H-JF: Dort eben müssen wir die Diskussion führen und uns fragen, was die Werte für uns bedeuten.

WS: Interessant und für mich sehr sympathisch ist, dass Du immer von Gleichheit sprichst. Die SPD hat Gerechtigkeit statt Gleichheit im Programm, weil Gleichheit den deutschen Genossinnen und Genossen zu weit ging. Diese Wertegemeinschaft ist vermutlich nicht so homogen, wie wir uns das wünschen möchten.

H-JF: Ich möchte weder auf Gleichheit noch auf Gerechtigkeit verzichten.

In erneuerbaren Energien steckt ein enormes Wachstumspotential

WS: Im Bereich der Ökologie scheint mir die SP wieder auf strammem Wachstumskurs. Geht es bei unseren natürlichen Lebensgrundlagen nicht auch um Grundwerte? Eben hast Du ja die Nachhaltigkeit dazu gezählt.

H-JF: Wir haben die Zeit hinter uns, wo Ökologie und Ökonomie zueinander im Widerspruch standen. In den 80er Jahren hat uns der Club of Rome wach geschüttelt und auch in der SP eine grüne Phase eingeleitet. Wachstum wurde als Zerstörung der Natur begriffen. Aber heute sind wir weiter. Wenn wir für Wirtschaftswachstum eintreten, dann ist ein nachhaltiges gemeint, das Rücksicht auf die natürlichen Lebensgrundlagen nimmt. Sehr weit oben auf unserer Prioritätenliste stehen zum Beispiel der Ausstieg aus der Atomenergie und eine Politik der erneuerbaren Energien. Darin steckt gleichzeitig ein enormes Wachstumspotential mit Innovation, Technologieförderung, dezentraler Energiegewinnung und Zehntausenden von Arbeitsplätzen.

WS: In allen Papieren der SP steht, wir müssten den Sozialstaat über mehr Wachstum finanzieren. Natürlich kommt

noch etwas verschämt das Adjektiv «nachhaltig» hinzu. In der politischen Realität ist man dann aber noch so froh um jedes Wachstum, auch wenn dieses nicht ökologisch gelenkt wird oder aufgrund der Mehrheitsverhältnisse gelenkt werden kann.

H-JF: Mein Eindruck ist, dass dieses Verständnis von Nachhaltigkeit auf einem breiten Konsens in der SP beruht. Aber ich räume gerne ein, dass wir daran noch weiter arbeiten müssen. Dass unsere Wirtschaft das mehrheitlich nicht so sieht, ist eine andere Frage.

WS: Wie stellst Du Dich zu einem Satz wie dem folgenden: «Ob man die AHV künftig finanzieren kann, hängt vom Wirtschaftswachstum ab. Ich bin optimistisch, dass hier der Kapitalismus funktioniert»?

H-JF: Ist er von mir?

WS: Nein, von Peter Bodenmann (FACTS, 21.12.95).

H-JF: Den ersten der beiden Sätze finde ich richtig. Wenn wir die ersten 60 Jahre unserer AHV betrachten, dann hat das Wirtschaftswachstum, genauer: das Lohnsummenwachstum, die AHV nicht nur finanziert, sondern für sie auch eine beachtliche Leitungsverbesserung herbeigeführt. Wir mussten nur einmal an den Einnahmen etwas ändern, indem wir ein Mehrwertsteuerprozent eingeführt haben. Wie anders als durch Wachstum könnte die AHV finanziert werden?

WS: Ich habe diese Frage dem Sekretär der Grünen Schweiz, Hubert Zurkinden, auch gestellt. Er meinte, die soziale Sicherheit liesse sich angesichts des Reichtums der Reichsten in unserem Land durch gerechtere Umverteilung finanzieren (NW 2/03, S. 46).

H-JF: Ich bin auch für gerechtere Umverteilung, aber das ist keine Alternative. Wir reden hier von ganz anderen Beträgen.

WS: *Und wie steht es mit dem Optimismus im Bodenmann-Zitat?*

H-JF: Seit mehr als zehn Jahren müssen wir eine *Wachstumsschwäche* unserer Volkswirtschaft feststellen. Der Kapitalismus funktioniert zwar weiter, aber das notwendige Wachstum hat er nicht hergebracht.

WS: *Und warum kommt er nicht vom Fleck? Weil wir nicht in der EU sind?*

H-JF: Ja, denn die *Hochpreisinsel Schweiz* ist die eine Wachstumsbremse. Die Hauptbremse aber ist die Binnenwirtschaft. Wir haben jetzt dann eine 15jährige Phase der *Kaufkraftstagnation* hinter uns. Damit einher ging eine markante Umverteilung von unten nach oben.

Die systemüberschreitende Perspektive ist konstitutiv für eine SP

WS: *Mitunter habe ich den Eindruck, die Parteileitung geniere sich für das noch geltende Programm von 1982, weil es an der Überwindung des Kapitalismus festhält.*

H-JF: (Lacht.) Diese Frage habe ich von Dir erwartet. Ich lese ja auch hie und da, was Du schreibst. Aber es ist nicht so, dass ich mich geniere. Ich habe kürzlich eine Rede zur Hundertjahrfeier der SP Wetzikon gehalten. 1904, im Jahr der Gründung dieser Sektion, verabschiedete die SPS ein marxistisches Parteiprogramm, das *Otto Lang* entworfen hatte. Ich bin dann noch etwas weiter zurückgegangen, zum Gründervater *Albert Steck*. Seine Ausführungen zum Begriff «Sozialdemokratie» beinhalten nicht nur die politische Demokratie, sondern auch die *Demokratisierung der Wirtschaft*. Wir haben also eine programmatische Konstante in der SP. Diese systemüberschreitende Perspektive ist immer da gewesen. Sie ist wohl auch konstitutiv für eine Sozialdemokratische Partei.

WS: *Ich höre das gern.*

H-JF: Nur immer in anderen Worten. Steck hat das besser gemacht als jene,

die von «*Überwindung des Kapitalismus*» sprechen. Kaum redet man von Programmrevision, kommen die Leute gleich mit diesem Wort. Da hast Du die Untertöne in meinen Äusserungen schon richtig gehört. Man darf sich nicht zu früh und schon gar nicht mit dem Wort allein zufrieden geben. Der Auftrag für uns ist vielmehr, diese programmatische Konstante immer neu zu denken. Es hat mich sehr gefreut, von Dir in der Woz (11.11.04) zu lesen, dass auch Du bei *Ota Sik* «parkieren» würdest.

WS: *Das Wirtschaftskonzept der SPS von 1994 hat diese Diskussion leider blockiert. Es heisst dort, dass wir in den nächsten 15 Jahren eh keine Chance hätten, zu einem demokratischen Sozialismus aufzubrechen. Immerhin macht der Begriff «Überwindung» auch das Prozesshafte deutlich. Er sollte sich allerdings nicht in der Negation des Kapitalismus erschöpfen, sondern in eine Richtung weisen, eben in die Richtung einer Demokratisierung der Wirtschaft.*

H-JF: Das hat die SP schon immer so gemeint, ja gewollt, aber nie erreicht. Wenn wir heute vehement den *Service public* verteidigen, dann kämpfen wir gegen einen Kapitalismus, der diesen Teil unserer Wirtschaft der demokratischen Bestimmung wieder entziehen will. Letztlich geht es um eine andere Wirtschaftsordnung jenseits der kapitalistischen. Den *Kapitalismus überwinden* heisst, das, was jetzt privatwirtschaftlich geordnet ist, zu demokratisieren.

Darüber nachzudenken, den Begriff der Demokratisierung konkret zu machen, das ist unsere Aufgabe. Wir hatten 1976 die Mitbestimmungsinitiative, Deutschland hat ein Betriebsverfassungsgesetz, es gibt die Ideen eines *Ota Sik*. Wir müssen also nicht bei Null anfangen.

WS: *In der heutigen Ausgabe der NZZ (2.12.04) wird der SP wieder einmal ihr «Etatismus» um die Ohren geschlagen.*

Aber Wirtschaftsdemokratie wäre doch das Gegenteil einer staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft, wie sie der sog. real existierende Sozialismus durchgesetzt hat. Wenn die Unternehmungen in wichtigsten Fragen nur Weisungen von oben zu befolgen haben, ist die innerbetriebliche Demokratie illusorisch.

H-JF: Auch bei innerbetrieblicher Demokratie wird der Staat jedoch auf der makroökonomischen Ebene seine Rolle spielen. Er darf die *überbetriebliche Perspektive* nicht aus den Augen verlieren.

Ich hänge immer noch an der Idee, dass man das *Kapital der Pensionskassen* zum Ansatz für eine Demokratisierung der Wirtschaft nehmen könnte. Dort haben wir institutionell schon heute Parität zwischen Arbeit und Kapital.

WS: *Nur funktioniert die praktisch nicht.*

H-JF: Das ist aber noch kein Grund, auf diesen Ansatz zu verzichten. Bis jetzt hat man die Mitbestimmung in den Pensionskassen nur unter der Perspektive der *Rentabilität* gesehen. Es ging und geht immer nur darum, möglichst viel herauszuholen, auch wenn diese Renditenbolzerei mit *Arbeitsplatzabbau* verbunden ist. Es ist paradox, dass Pensionskassen, in denen die Arbeitnehmerschaft die Hälfte der Macht innehat oder inne hätte, eine kapitalistische Logik verfolgen. Warum sollen wir nicht diesen Machthebel in der Privatwirtschaft nutzen, um Arbeitsplätze zu schaffen, statt sie abzubauen?

WS: *Kennst Du das Zitat: «Die Logik des Kapitals muss sich national und international den demokratisch formulierten Bedürfnissen der Menschen unterordnen»?*

H-JF: Es ist nicht von mir, aber es könnte sinngemäss von mir sein.

WS: *Es steht im Wirtschaftskonzept der SPS von 1994 und eignet sich auch als Denkanstoss für die kommende Programmarbeit.*

H-JF: Mit der Globalisierung galoppiert die Wirtschaft der Politik davon. Das ist übrigens auch ein Grund, bei der EU dabei zu sein.

WS: *Wer dereguliert, kann auch wieder reregulieren.*

H-JF: Genau. Die ganze Ablösung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft kann nur politisch zurückgeholt werden.

WS: *In verschiedenen Interviews (z.B. SoBli 22.2.04) sprichst Du davon, dass die Mitbestimmung wieder ein Thema für die SP werden soll. Gibt es demnächst politische Vorstösse in diese Richtung?*

H-JF: Es ist wohl besser, zunächst einmal die Programmdebatte in diese Richtung zu führen. Denn im Moment ist die *Mitbestimmung* in der Partei *kein Number-one-Thema*. Wir dürfen uns auch keine Illusionen machen über die Akzeptanz der Mitbestimmung in der heutigen Zeit.

WS: *Obwohl die Mitbestimmung angesichts des Shareholder-Kapitalismus aktueller wäre denn je.*

H-JF: So ist es.

In der politischen Praxis bin ich dem Religiösen Sozialismus verbunden

WS: *Du hast dem MAGAZIN des Tages-Anzeigers (27/04) gesagt: «Im Denken bin ich ein historischer Materialist, im Alltag ein praktizierender Idealist.» Wie geht das zusammen? Kann man heute überhaupt noch historischer Materialist sein?*

H-JF: *Marxismus* ist eine erkenntnisträchtige Denkmethode, nicht nur um die Geschichte zu verstehen, sondern auch um die aktuelle Gesellschaft zu analysieren. Er lehrt uns, in Strukturen zu denken.

WS: *Du denkst also vor allem an die Analyse. Wie das Kommunistische Manifest die Globalisierung vorwegnimmt, ist ja wirklich genial.*

H-JF: Genial und übrigens auch beste Literatur. Hinzu kommt das *dialektische Denken*, das uns anleitet, nach den Ursachen zu fragen, die für das Verhalten der meisten Menschen in ihrer realen Situation bestimmend sind.

Als *praktizierender Idealist* habe ich mich die letzten zwanzig Jahre nach dem Studium für die Arbeiter-Zeitung als Redaktor eingesetzt. Ich wollte zusammen mit anderen Idealisten diese Zeitung, die sich am Rande des Existenzminimums bewegte, am Leben erhalten. Als Materialist wäre ich zu einer grossen Zeitung oder zur SRG gegangen und hätte dort dreimal soviel verdient und Karriere gemacht. Auch die vielen ehrenamtlichen Funktionen, die wir alle in der SP haben, gehören zu einem praktizierten Idealismus.

WS: Dein Vater war Präsident einer

Kirchenpflege. Das war gewiss auch praktizierter Idealismus. Hat sich da etwas auf den Sohn übertragen?

H-JF: Ursprünglich war die Kirchenpflege zugleich die Armenpflege. Mein Vater war Präsident der Kirchengemeinde und des Kirchenchors, sozial engagiert, ein *praktizierender Christ* im Sinne der Bergpredigt, aber kein Frömmel. Er hätte wohl von tätiger Nächstenliebe gesprochen.

WS: *Ich bin immer wieder überrascht, wie oft gerade bei engagierten Genossen und Genossen ein solcher Hintergrund zum Vorschein kommt.*

H-JF: Das ist kein Zufall. Ich habe mich zwar von der religiösen Form im Sinne eines Gottes- und Jenseitsglaubens gelöst, dafür aber eine *politische Form* gefunden, die mich in der Praxis mit dem Religiösen Sozialismus verbindet. •

Die Tsunami-Katastrophe in Südasien überschattet das Erscheinen des neuen Hefts, das schon vor diesen Tagen der Trauer und der Solidarität abgeschlossen wurde, auch die guten Mitteilungen, die ich hier an die Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift weitergeben darf:

Die **Jahresversammlung 2005** der Freundinnen und Freunde der Neuen Wege sowie der ReSos findet am 4. Juni im Hotel Kreuz in Bern statt. Für die Nachmittagsveranstaltung konnten wir den «Internet-Bischof» **Jacques Gaillot** (vgl. das NW-Gespräch in Heft 12/03) gewinnen. Mit dabei sein werden zum ersten Mal die **Socialistes chrétiens** aus der Westschweiz.

Mit dem **99. Jahrgang** nähern sich die Neuen Wege einem grossen **Jubiläum**, das wir mit einem Festakt am 4. November 2006 in Zürich begehen werden.

Wichtiges tut sich in der Zusammenarbeit mit unserer Schwesterzeitschrift **«Christ/in und Sozialist/in»**. Vorstand und Redaktionskommission stehen in Verhandlungen mit unseren deutschen



Lotta Suter
(Bild: Rotpunktverlag).

Freundinnen und Freunden, die ihre Zeitschrift durch die Zusammenarbeit mit den Neuen Wegen erhalten möchten.

Gerne verbinde ich meinen Willkommgruss an **Lotta Suter**, unsere neue Kolumnistin, mit einer weiteren Ankündigung: Im Mai dieses Jahres wird Lotta Suter im Rotpunktverlag die Biografie **Al Imfelds** veröffentlichen und gleichzeitig dessen «Geschichten aus vier Kontinenten» unter dem Haupttitel «Blitz und Liebe» herausgeben. Wir werden die beiden Bücher nach ihrem Erscheinen in unserer Zeitschrift vorstellen.

Willy Spieler